

Fortsetzung von Seite 7

unbeirrt an die Notwendigkeit verantwortlichen Handelns durch Ottawa im Interesse aller Kanadier. In einem kürzlichen Gespräch meinte er: „Eine nationale Regierung muß allein handeln und die Geschichte ihr Urteil sprechen lassen“.

Lalonde, der schon in der Vergangenheit wichtige Schlüsselpositionen in den von Premierminister Trudeau geführten Regierungen innehatte, und dessen außerordentliche Befähigung auch von seinen schärfsten Kritikern nicht in Frage gestellt wird, läßt ablehnende Einwürfe gegen seine Vorstellungen nur bedingt gelten: „Wir verbringen unsere Tage und Nächte nicht damit, der Provinz Alberta eins auszuwischen. Niemand will der Provinz etwas antun oder sie in eine mindere Stellung abdrängen. – Wir suchen einfach nach einem Verfahren, das dem ganzen Land zum Vorteil gereicht, ohne dabei regionale Ungewogenheiten zu verstärken.“

Lalonde glaubt indes auch, das Dilemma der Provinzregierungen zu erkennen: „Ich denke, ich kann das Gefühl der Entfremdung und Frustration, das es dort gibt, nachempfinden. – Manche dieser Frustrationen erinnern mich stark an das, was ich im Laufe der Jahre von der Bevölkerung Québecks gehört habe – jenes Gefühl, daß man seinen Anteil an Vollmachten nicht erhält; das Gefühl, daß die wichtigen Entscheidungen von anderen getroffen werden.“ Es geht, wie der frühere Premierminister und jetzige Oppositionsführer, Joe Clark, Ende Oktober im Unterhaus in Ottawa ausführte, um das Prinzip partnerschaftlichen Miteinanders: „Die Verfassung definiert die Beziehungen der verschiedenen Regierungsebenen zueinander, und in der Praxis hat dieses Verfahren die Sicherheit beinhaltet, daß Verfassungsänderungen, von der zwei Regierungsebenen betroffen sind, von beiden einvernehmlich bestätigt werden müssen.“

Bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte sind sich Kanadas politisch verantwortliche Kräfte der öffentlichen Gewichtung ihres Disputs bewußt. So ergab eine kürzlich veröffentlichte Meinungsumfrage, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Probleme der Arbeitslosigkeit (derzeit bei 7,7%) an Bedeutung weit höher einschätzt als etwa das gesamte Energieproblem – nämlich 52,4% gegenüber 16,5%.

Kulturelle Selbstdarstellung und Analyse

Kanada-Studien im Aufwind



Fünf Jahre sind, je nach Temperament, eine kurze oder übermäßig lange Zeitspanne. So werden die wenigsten Teilnehmer des vom 20. bis 22. Februar 1981 in Gummersbach bei Köln stattfindenden 5. Seminars für Kanada-Studien um die ersten vorbereitenden Kontakte mit der dortigen Theodor-Heuss-Akademie wissen.

Die daran von kanadischer Seite unmittelbar Beteiligten haben entweder die Bundesrepublik längst wieder verlassen oder gehen anderen Aufgaben nach.

Die frühe Entstehungsgeschichte der seit einem Jahr in Gummersbach amtlich eingetragenen Gesellschaft für Kanada-Studien e.V. ist auch nur insofern interessant, als sie fast zeit-synchron mit einer neuen Phase kanadischer kultureller Außenpolitik begann.

Die Vorgeschichte der Kanadistik reicht weit zurück: In den 30er Jahren führte Professor Karl Schött, Universität Kiel, später Universität Marburg, geographische Forschungen in der Provinz Ontario durch und begründete damit die Tradition der deutschen Kanada-Forschung auf diesem Gebiet.

Im Frühjahr 1975 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland und Kanada ein Kulturabkommen, entsandte Kanada erstmals einen ausschließlich für kulturelle Belange zuständigen Botschaftsrat nach Bonn, während gleichzeitig in Ottawa ein breites Angebot kultureller Außenpolitik formuliert wurde.

Dabei spielte, praktisch im Vorgriff auf die später im Jahre 1975 unterzeichnete KSZE-Schlußakte, die Frage akademischer Beziehungen eine herausragende Rolle.

Der damalige kanadische Außenminister und heutige stellvertretende Premierminister Allan J. MacEachen, der selbst aus dem Hochschulbereich zur Politik gestoßen war und daher für die kulturelle Selbstdarstellung Kanadas im Ausland besonders empfänglich ist, sah in dem neuen Programm „ein Mittel, die Qualität unserer Leistungen als Nation zu prüfen“.

Bei diesem Vorhaben stand für MacEachen die Frage der richtigen

Wahl verfügbarer Instrumente im Vordergrund. In einer an der Universität Edinburgh im Oktober 1975 gehaltenen Rede umriß der Minister seine diesbezüglichen Vorstellungen so: „Wir sind uns als Regierung der Tatsache bewußt, daß Kultur nicht als parlamentarische Verfügung gestaltet wird. Sie entspringt vielmehr den Vorstellungen und Gedanken von einzelnen, die eine Gesellschaft, eine Nation bilden. Öffentliche Einrichtungen, ob Regierungsstellen oder nicht, können hier ermutigend wirken und neue Betätigungsfelder eröffnen. Letztlich sind es jedoch einzelne, die jene Werke gestalten, die in die Gestaltung eines nationalen kulturellen Erbes eingehen.“

Unter diesen Gesichtspunkten kam und kommt besonders dem individuellen Beitrag zur Ausgestaltung auch bilateraler kultureller Beziehungen, in welcher Form auch immer, ein überaus hoher Stellenwert zu.

Für MacEachen, den Abkömmling schottischer Einwanderer, wird es, so gesehen, nicht zuletzt eine Angelegenheit von besonderer Genugtuung gewesen sein, an jenem Oktobertag 1975 feststellen zu können, daß britische und kanadische Förderer der gerade gegründeten Stiftung für Kanada-Studien in Großbritannien weit größere Zuwendungssummen als zunächst erhofft, zeichneten. Die kanadische Bundesregierung selbst hatte mit einem Beitrag von £ 60 000 eine stimulierende Initialzündung gegeben.

In den zurückliegenden fünf Jahren sind Kanadas Leistungen auf dem Gebiet auswärtiger Kulturpolitik und besonders im Bereich der akademischen Beziehungen fortlaufend ausgebaut worden. Dabei hat die Vertiefung dieser Kontakte mit und gegenüber dem deutschsprachigen Europa eine eminent herausragende Bedeutung.

Besonderes Gewicht kommt allerdings der jetzt knapp ein Jahr alten „Gesellschaft für Kanada-Studien e.V.“ zu, die bereits heute durch ihre Mitglieder an nahezu allen großen deutschen Hochschulen vertreten ist und in den vergangenen Monaten an der Vorbereitung wissenschaftlicher